



## **Anlässlich der Klimaschutzkonferenz in Poznan fordern Umweltschutz- und Entwicklungsorganisationen eine klimapolitische Kehrtwende Luxemburgs**

*Luxembourg, 28. November 2008.* Unter dem Namen „Votum Klima“ haben Caritas, Action Solidarité Tiers Monde, Mouvement Ecologique und Greenpeace heute erstmals die Grundzüge ihrer klima- und energiepolitischen Forderungen an die künftige Regierung präsentiert, wobei sie vier große Achsen in der Klimaschutz- und Entwicklungspolitik definierten. Sie forderten die luxemburgische Regierung auf, ihre an kurzfristigen Interessen orientierte Politik endlich aufzugeben und sich ihrer globalen Verantwortung zu stellen. Die derzeitige Haltung der Regierung verhindert nachweislich einen wirksamen Klimaschutz in Luxemburg. Mit Hinblick auf die kommende internationale Klimaschutzkonferenz in Poznan und die laufenden Verhandlungen zum EU-Klima- und Energiepaket appellierten die Organisationen an die Regierung und vordringlich an Umweltminister Lux, sich für weitreichende Klimaschutzziele einzusetzen.

In der kommenden Woche beginnen im polnischen Poznan die internationalen Verhandlungen für ein Kyoto-Nachfolgeabkommen, welches die weltweite Verringerung der Treibhausgasemissionen ab 2012 regeln soll. Bis zur Klimakonferenz im Dezember 2009 in Kopenhagen soll ein neues Abkommen ausgearbeitet werden. Es steht viel auf dem Spiel: Die dramatische Geschwindigkeit, mit der der Klimawandel die Lebensgrundlagen von Milliarden Menschen bedroht, erfordert von der weltweiten Staatengemeinschaft ein schnelles und durchgreifendes Handeln. Bis spätestens 2015 muss die Welt es schaffen, eine Trendwende bei den Treibhausgasemissionen zu erreichen, bis zum Jahr 2020 müssen die Industrienationen ihre Emissionen um mindestens 25-40% reduzieren. Um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf unter 2°C zu begrenzen, müssen bis zur Mitte dieses Jahrhunderts alle Staaten weltweit einen schnellen und vollständigen Stop aller Treibhausgasemissionen ansteuern.

Eine besondere Herausforderung in Poznan wird die Einbindung der Schwellenländer und Entwicklungsländer bei der Bekämpfung des Klimawandels sein. Dies wird jedoch nur dann gelingen, wenn reiche Industrienationen wie Luxemburg ihren Lippenbekenntnissen zum Klimaschutz mehr eigene Taten folgen lassen. Die Industrienationen (inklusive den USA) müssen sich in Poznan zu weitreichenden inländischen Treibhausgasreduktionen und zu einer umfassenden Unterstützung der vom Klimawandel am stärksten betroffenen Entwicklungsländer verpflichten.

### **Luxemburgs Reduktionsziel: mindestens 30% bis 2020**

Da sich das Weltklima offensichtlich immer schneller erwärmt, fordern führende Klima-Wissenschaftler eine schnelle und weitestgehende Reduzierung des Ausstoßes von Treibhausgasen. *„Beim Klimaschutz muss endlich Ernst gemacht werden: deshalb fordern wir, dass Luxemburg seine Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 schrittweise um mindestens 30% senkt, und dies ausschliesslich durch inländische Reduktionsmaßnahmen“*, sagt Martina Holbach von Greenpeace Luxemburg. *„Dieses Ziel ist machbar, die Reduktionspotentiale liegen sogar noch deutlich höher. Was jedoch fehlt, ist der politische Wille. Dabei liegt es im eigenen Interesse der Wirtschaft und der Bevölkerung, die Abhängigkeit des Landes von fossilen Energieträgern zu verringern.“*

### **Zu Hause handeln statt Verschmutzungsrechte kaufen**

In Sachen Klimaschutz ist Luxemburg alles andere als vorbildlich. Nur auf dem Papier, wenn überhaupt, wird das Land seine Kyoto-Klimaschutzziele erreichen, doch die tatsächlichen Treibhausgasemissionen liegen derzeit sogar höher als im Kyoto-Referenzjahr 1990. Denn die Kyoto-Bilanz wird fast ausschliesslich durch den Kauf von Emissionsrechten im Ausland erfüllt. Bis 2012 möchte das Land schätzungsweise eine Viertel Milliarde Euro in diesen fragwürdigen Klimaschutzprojekte investieren – Geld, das für nationale Klimaschutzmaßnahmen fehlt: *„Die luxemburgische*

*Regierung muss endlich zuhause handeln, anstatt sich durch den Kauf von Verschmutzungsrechten im Ausland freizukaufen“, fordert Dietmar Mirkes von Action Solidarité Tiers Monde. „Luxemburg, einer der reichsten Staaten der Erde mit dem europaweit höchsten Pro-Kopf-CO2-Ausstoss, hat bisher sein eigenes Verhalten kaum geändert. Wenn sich alle reichen Industrienationen so verhalten würden, wäre ihre Glaubwürdigkeit bei den internationalen Klimaschutzverhandlungen dahin. Warum sollten ärmere EU-Staaten wie Rumänien oder Schwellenländer wie China und Indien sich zu umfangreichen Treibhausgasreduktionen bereit erklären, wenn die reichen Nationen sich ihrer Verantwortung entziehen wollen?“*

### **Den Opfern des Klimawandels helfen**

Luxemburg hat aufgrund seiner historischen und aktuellen Emissionen und seiner guten wirtschaftlichen Situation eine moralische Verpflichtung, sich mehr als andere Staaten auf der Welt beim Klimaschutz zu engagieren. Dazu zählt auch die Unterstützung der Entwicklungsländer im Kampf gegen die Folgen des Klimawandels. *“Obwohl die Menschen in den ärmeren Teilen der Erde am wenigsten zum Klimawandel beitragen, sind sie die Hauptleidtragenden unseres verschwenderischen Umgangs mit Energie und fossilen Brennstoffen“* erklärt Norry Schneider von Caritas Luxemburg. *„Luxemburg muss seinen Teil dazu beitragen, dass den betroffenen Entwicklungsländern schnellstmöglich umfangreiche finanzielle Hilfen zur Anpassung an den Klimawandel und das nötige technische Know-how für eine klimafreundliche Energieversorgung bereitgestellt werden. Diese Gelder müssen zusätzlich zu den bestehenden Verpflichtungen aus der Offiziellen Entwicklungsunterstützung gewährt werden. In seinen entwicklungspolitischen Projekten müssen Vorsorge und Anpassung an den Klimawandel berücksichtigt werden.“*

### **Handlungsfähige Strukturen schaffen**

Konkrete und verbindliche Reduktionsziele sind ein Muss. Um sie aber erfüllen zu können, tun strukturelle Veränderungen Not: *“Klimaschutz muss eine zentrale Rolle in allen Bereichen unserer Gesellschaft spielen. Und damit Klimaschutz nicht weiter ein Stiefkind der luxemburgischen Politik bleibt, sondern zu einem Erfolgsmodell für Umweltschutz und Gesellschaft wird, brauchen wir eine kohärente und handlungsfähige Politik sowohl innerhalb der Regierung als auch zwischen Staat, Gemeinden, Haushalten, Handwerk und Industrie“*, verlangt Paul Polfer vom Mouvement Ecologique. Landesplanung, Transport-, Wohnungsbau-, Energie- und Wirtschaftspolitik müssen hierzulande endlich Hand in Hand gehen. Jedes politische Projekt muss auf seine „Klimaverträglichkeit“ überprüft werden, bevor es zu einer Entscheidung kommt.

**„Votum Klima“ will im Vorfeld der kommenden Parlamentswahlen die Unterstützung der gesellschaftlichen Akteure und der Öffentlichkeit in Luxemburg gewinnen, um die künftigen politischen Entscheidungsträger von der Notwendigkeit einer klima- und energiepolitischen Kehrtwende zu überzeugen. Die vier Organisationen werden ihre detaillierten Forderungen an die zukünftige Klimaschutzpolitik unter Berücksichtigung der Ergebnisse von Poznan im Januar 2009 vorstellen.**

Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte

Martina Holbach, Greenpeace Luxemburg, Tel. 54 62 52 24, [mholbach@diala.greenpeace.org](mailto:mholbach@diala.greenpeace.org)

Paul Polfer, Mouvement Ecologique, Tel. 43 90 30 26, [paul.polfer@oeko.lu](mailto:paul.polfer@oeko.lu)

Dietmar Mirkes, Action Solidarité Tiers Monde, [klima@astm.lu](mailto:klima@astm.lu)

Norry Schneider, Caritas Luxemburg, Tel. 40 21 31 518, [norry.schneider@caritas.lu](mailto:norry.schneider@caritas.lu)